

CDU im Bundestag für UN-Migrationspakt



Immer mehr Länder stellen sich gegen den UN-Migrationspakt. Die Mehrheit des Bundestages will aber offenbar weiterhin an dem Vorhaben festhalten, denn inzwischen wurde medial berichtet, dass die Bundestagsfraktion der CDU für die Unterzeichnung stimmen wird, gemeinsam mit SPD und den sonstigen Zuwanderungsparteien. Dieses UN-Abkommen führt dazu, dass eine Masseneinwanderung deutlich erleichtert wird. Die Zahl der Staaten, die erwägen, von einer Teilnahme am UN-Migrationspakts Abstand zu nehmen, wird umso länger, je näher der geplante Unterzeichnungstermin am 10. und 11. Dezember rückt. Österreich, USA, Australien, Ungarn, Polen und Tschechien wollen das Abkommen nicht unterschreiben. Die Schweiz und Israel teilten bereits erhebliche Bedenken mit. Nach dem Pakt soll z.B. nicht mehr in politisch Verfolgte, Kriegsflüchtlinge, Wirtschaftsmigranten unterschieden werden, sondern fast alle Zuwanderer werden nur noch als Migranten zusammengefasst. Dann wird jede Form der Zuwanderung positiv bewertet. Dass starke Wanderung sowohl die Herkunfts- als auch die Ankunftslander destabilisiert, wird nicht berücksichtigt. Weiterhin verpflichten sich die Unterzeichnerstaaten dazu, jede Form der Migration grundsätzlich als Vorgang zum allgemeinen Wohl zu sehen.

Der gesamte Pakt stellt eine Sammlung von Rechten und Bedürfnissen der Einwanderer dar. Die Interessen der Zielländer, etwa nach einer Begrenzung oder irgendwelchen Einwanderungsregelungen, werden nirgends erwähnt. Der GCM geht sogar noch weiter; er legt die Aufnahmestaaten darauf fest, migrationsfördernde Maßnahmen in seinem Inneren zu ergreifen. Abschiebehaft für abgelehnte Migranten dürfe nur das „letzte Mittel“ sein. Damit wird im Ergebnis die Einwanderung massiv erleichtert und fast jeder Zuwanderer dürfte sich in Deutschland niederlassen, ohne ernsthafte Rückführungsängste.

Merkels schrittweiser Abgang

Sie gilt als Hauptfigur der Abwicklung unserer Heimat. Kein Staatsoberhaupt hat sich durch die Asylpolitik so an dem eigenen Volk versündigt. Nach den letzten Wahlniederlagen der CDU will Kanzlerin und CDU-Vorsitzende Angela Merkel nicht wieder für den Parteivorsitz kandidieren, jedoch weiter Kanzlerin bleiben. Ob dieses Vorhaben gelingen wird, darf bezweifelt werden.

Dabei wird es kaum eine wirkliche Veränderung für unser Land bedeuten. Sicherlich war sie als „Mutter der grenzenlosen Willkommenskultur“ erheblich für die Masseneinwanderung und die hieraus resultierenden Folgen verantwortlich, aber ohne die Mitwirkung von CDU/CSU und SPD wären ihre Vorhaben nicht umsetzbar gewesen. Deshalb ist es gefühlt eine Erleichterung, wenn unsere Heimat nicht mehr von Merkel geführt würde, aber eine wirkliche Veränderung kann es nur geben, wenn auch die Parteien ausgetauscht werden, die ihr den Weg geebnet haben. Ein Blick auf die Nachfolger des CDU-Vorsitzes reicht bereits aus, um den künftigen Kurs zu erahnen. Die Merkels dieser Welt finden sich eben nicht nur in ihrer Person selber.

Deutschland ohne voll funktionsfähige Armee

Die Bundeswehr bietet ein erschreckendes Bild: Panzer, die nicht fahren, Kampffjets, die nicht fliegen und U-Boote, die nicht tauchen. Erst vergangene Woche gab das Verteidigungsministerium bekannt, dass von den 97 Panzern, Kampffjets und Hubschraubern, die 2017 an die Truppe geliefert wurden, lediglich 38 genutzt werden können. Damit nicht genug, denn es kommen Probleme beim Transportflugzeug A400M hinzu, dem Schützenpanzer Puma sowie umfangreiche Ausfälle bei der Luftwaffe. Selbst die kleine U-Boot-Flotte liegt derzeit auf Eis.

Jahrelang wurde der Verteidigungshaushalt eingedampft und gespart. In den 80er-Jahren verfügte die Bundeswehr über 495.000 Soldaten; heute sind es gerade einmal 176.000. Der Zustand der Bundeswehr wird auch in der EU kritisch betrachtet. Im Ernstfall kann von Deutschland nicht viel Unterstützung erwartet werden, da die Armee ein Reparaturfall ist. Zwar werden die Ausgaben schrittweise erhöht, jedoch gemessen an den zunehmenden Aufgaben und dem Reparaturstau sind die Gelder nicht ausreichend.

Deutschland REP-ORT

Sachsen wählt im Januar Landtagsliste

Vor der Aufstellung der Landtagskandidaten in Sachsen, entwickelt der Landesverband sein Wahlprogramm auf mehreren Parteitag. Engagiert und motiviert werden hier die Vorbereitungen für die Kommunal- und Landtagswahlteilnahme getroffen. Dabei steht die Basisdemokratie an oberster Stelle und bietet den Mitgliedern eine große Mitgestaltungsmöglichkeit. Aufgrund der Zusammenarbeit mit vielen Bürgerinitiativen bildet sich eine echte freiheitliche und echte Oppositionskraft für das Bundesland, mit starkem Zulauf.

Ex-Afd Kreischef aus Bautzen jetzt Republikaner



Die Kampagne der Republikaner "Mut zum Wechsel" läuft weiter. Quer durch die Republik folgten bisher diesem Aufruf ehem. Mitglieder und Funktionäre der Afd. Alleine in den vergangenen Wochen meldeten sich zahlreiche weitere Ex- und noch aktive Mitglieder. Am Sonntag trat u.a. der frühere Bautzener Kreissprecher der Afd unserer Partei bei. Arvid Samtleben sorgte bundessweit für Aufsehen, da er sich gegen seine rechtswidrige Streichung von der AFD-Landesliste Sachsen gewehrt hat und dadurch einen sicheren Platz im Sächsischen Landtag verlor. Jetzt gehört er unserer Partei an und wurde am vergangenen Wochenende auf dem Landesparteitag der Republikaner in Sachsen zum Generalsekretär des Landesverbandes gekürt.

Weitere Personen folgten etwa in NRW. Hier trat der frühere stellv. Kreissprecher Reiter aus der Afd Mettmann aus und leitet nun den lokalen REP-Kreisverband.

Landesparteitage in Brandenburg

Ende November findet in Brandenburg der nächste Landesparteitag statt und damit auch die Weichenstellung für die kommenden Wahlteilnahmen. Der Verband erfreut sich vieler neuer Mitglieder, wodurch u.a. auch eine Teilnahme in mehreren Kommunen bei der anstehenden Kommunalwahl möglich ist. Alle lokalen Mitglieder erhalten natürlich eine Einladung zum Parteitag und wir werden in den kommenden Ausgaben über die Veranstaltung berichten.

Unterschriftensammlung Europawahl 2019

An dieser Stelle wollen wir die **häufigsten Fragen** zur Unterschriftensammlung kurz beantworten, die uns in den vergangenen Tagen erreicht haben. Bitte beide Seiten des Unterstützungsformulars ausdrucken. Unabhängig davon können auch Unterstützungsunterschriften in den Bundesländern abgegeben werden, die für die Landtagswahlzulassung sammeln. Die Rücksendung erfolgt bitte an folgende Anschrift: Die Republikaner, Postfach 140407, 40074 Düsseldorf.

Das Formular kann online abgerufen werden:

<https://www.die-republikaner.net/europawahl/unterschriften/>

HEIMAT GESTALTEN - REPUBLIKANER WERDEN

Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. **Einen Aufnahmeantrag finden Sie auf Seite 4 oder <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>**



Spenden für
Deutschland >



Spendenkonto:

DIE REPUBLIKANER (REP) Postbank Dortmund,

IBAN:DE6044 0100 4603 8745 0460 BIC: PBNKDEFFXXX

Impressum: DIE REPUBLIKANER - Postfach 87 02 10 - 13162 Berlin - V.i.S.d.P.: Kevin Krieger

Kontaktaufnahme:

Tel.: 0211 – 995 487 94 oder kontakt@rep.de

[Informieren Sie sich über unsere Arbeit](#)

- Ich möchte mehr über die Partei erfahren.
- Bitte laden Sie mich zu einer Veranstaltung ein.
- Ich möchte Mitglied werden.

VERANSTALTUNGSKALENDER

- **Hamburg:** Die Hamburger Republikaner führen monatliche Informationsabende durch. Interessenten können sich für eine Einladung an die Geschäftsstelle wenden: kontakt@rep.de
- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Regelmäßige politische Stammtische in verschiedenen Städten des Landkreises. Weitere Informationen über den Kreisverband: 07254-72375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Erding:** Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr beim Lindenwirt in Erding/Bergham (Nähe S-Bahn-Station Aufhausen). Info unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberg Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Kissing:** Politischer Stammtisch, jeden ersten Montag. Beginn 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel. 09191/31880.
- **Frankfurt am Main:** Politischer Stammtisch am ersten Dienstag im Monat. Infos unter: 069/522500.
- **Kassel:** Vierwöchentliches Informationstreffen unserer Partei. Infos unter: Tel. 0661/603746,
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Freitag im Monat, um 19.30 Uhr. Interessenten können Sie direkt beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
- **Kreis Aachen:** Informationsabend jeden ersten Freitag im Monat um 18 Uhr. Anfragen an: kontakt@rep.nrw.de.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Dortmund:** Monatlicher Informationsabend: Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Montag im Monat, 19.30 Uhr, Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Viersen:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Viersen. Infos unter: viersen@rep.de
- **Bautzen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de oder www.sachsen-rep.de

Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER (REP)
Bundesverband
Postfach 870210
13162 Berlin



Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

E-Mail: bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname _____

Straße, Hausnummer _____

Postleitzahl _____ Wohnort _____

Telefon _____ Telefax _____

E-Post _____

Konfession / Beruf / Tätigkeit _____ Geburtsdatum _____

Frühere Parteimitgliedschaft in ... / von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen _____

Datum / Unterschrift _____

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) _____ Zahlungsart Überweisung Lastschrift Zahlungsrhythmus jährlich halbjährlich

Beitrag mind. **10,00 € monatlich**, bzw. **5 € für Rentner, Azubis, Arbeitslose, Studenten, Personen mit geringem Einkommen**. Die Aufnahmegebühr beträgt **10 €**.

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut _____ BIC/Swift-Code _____

IBAN _____

Datum / Unterschrift _____

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Bezirksverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Landesverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Bundesverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Datum EG EDV Ausw. Mitgl.nr.